

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Korschewsky (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Finanzministeriums

Lobbyismusprobleme in Thüringen - Nachgefragt zur Einführung von "E-Government"

Die **Kleine Anfrage 1547** vom 31. Mai 2011 hat folgenden Wortlaut:

Nach der Beantwortung der Kleinen Anfrage 1236 des Unterzeichners mit dem Titel "Lobbyismusprobleme in Thüringen" durch die Landesregierung in Drucksache 5/2749 sind hinsichtlich des strukturellen Vorgehens der Landesregierung und einer etwaigen Auswahl der Informationen nach Ansicht des Fragestellers noch Fragen offen und Problemstellungen ungeklärt. So fällt in der Beantwortung zu Frage 2 (Beraterverträge) auf, dass offensichtlich hinsichtlich der Aktivitäten zur Einführung von "E-Government" in Thüringen zahlreiche Verträge abgeschlossen wurden. Aus der Antwort auf Frage 2 in der Kleinen Anfrage lässt sich schließen, dass das Projekt offensichtlich in mehrere "Umsetzungsetappen" aufgeteilt wurde. Aus dem 7. Tätigkeitsbericht des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz ergibt sich, dass im Jahr 2006 der Projekt-Vertrag mit dem Generalunternehmer wegen "größerer zeitlicher Verzögerungen" vom Thüringer Finanzministerium gekündigt wurde. Das Projekt - z. B. Errichtung des Serviceportals - war 2007 noch nicht abgeschlossen (vgl. S. 116 des Berichts).

Ich frage die Landesregierung:

1. Unter Hinzuziehung welcher Institutionen und Einzelpersonen wurde das Projekt "thegov" zur Einführung des "E-Governments" in Thüringen von welchen öffentlichen Stellen unter Verwendung von Finanzmitteln in welcher Höhe in Thüringen konzipiert und umgesetzt?
2. Wer hat nach welchen Kriterien entschieden, für welche Planungs- und Umsetzungsbestandteile externer Sach- und Fachverstand für das unter Frage 1 genannte Projekt herangezogen wird?
3. War das Modell "Generalunternehmer" für das Projekt "thegov" von Anfang an vorgesehen und welche Gründe gab es gegebenenfalls dafür? Welches Unternehmen wurde als Generalunternehmer beauftragt und welche "Subunternehmer" bzw. Einzelpersonen wurden nach Kenntnis der Landesregierung vom Generalunternehmer herangezogen? Welche Zusicherungen musste der Generalunternehmer nach Kenntnis der Landesregierung hinsichtlich der Subunternehmen und Einzelpersonen geben?
4. Wann und auf Grundlage welcher Ausschreibungen fanden die Vergaben der "Umsetzungsetappen" von "thegov" statt bzw. wann erfolgten die Vertragsabschlüsse (bitte Inhalt der Ausschreibungen/der Verträge soweit wie möglich wiedergeben, insbesondere hinsichtlich der jeweiligen Arbeitsinhalte und der fachlichen und logistischen Anforderungen/Standards an das Bewerber-Unternehmen)?
5. Wann waren diese "Umsetzungsetappen" jeweils abgeschlossen bzw. wann hätten diese laut Ausschreibung/Vertrag abgeschlossen sein müssen? Welches Finanzvolumen hatten die Verträge jeweils? In welcher Weise und mit welchem Ergebnis wurde die Umsetzung des Projekts - gegebenenfalls auch nur teilweise - abgeschlossen bzw. warum gegebenenfalls nicht abgeschlossen?

6. Welche Gründe lassen sich für welche Art Schwierigkeiten (Verzögerungen usw.) bei der Umsetzung des "thegov"-Projekts benennen? Welche (finanziellen) Schäden sind dem Land aus den Problemen bei der Durchführung des Projekts entstanden? In welcher Form und in welchem Umfang hat das Land beim Generalunternehmer gegebenenfalls Schadensersatz- bzw. Regressansprüche geltend gemacht? Welche Beanstandungen/Handlungsempfehlungen des Thüringer Rechnungshofs gab es hinsichtlich des Projekts "thegov" und seiner Umsetzung?
7. Gab es vor den Zuschlägen in den Vergabeverfahren bzw. vor den Vertragsabschlüssen mit dem Generalunternehmer des Projekts "thegov" noch andere Vergaben bzw. Vertragsabschlüsse (bitte Zeitpunkt, Aufgabenstellungen und finanziellen Umfang benennen)? Zu welchen Unregelmäßigkeiten war es gegebenenfalls bei der Vertragsabwicklung gekommen? Zu welchen Zuschlägen bzw. Vertragsabschlüssen ist es gegebenenfalls mit dem Generalunternehmer des "thegov"-Projekts nach Kündigung des Generalvertrages noch gekommen - insbesondere, gab es dabei Unregelmäßigkeiten?

Das **Thüringer Finanzministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. August 2011 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Zur Beantwortung wird auf die beigelegte Anlage verwiesen.

Zu 2.:

Die Landesregierung hat im Jahr 2001 mit dem Rahmenkonzept "Moderne Verwaltung in Deutschlands starker Mitte" eine schlanke und effiziente Organisation des Modernisierungsprozesses beschrieben, um dem Interesse an einer straff und zügig durchzuführenden Verwaltungsreform gerecht zu werden. In der zur Umsetzung dieses Konzepts gebildeten interministeriellen Arbeitsgruppe fünf "Electronic Government" wurden die Inhalte des dem Projekt "TheGov" zugrundeliegenden Konzepts für "e-Government im Freistaat Thüringen" abgestimmt und die vom Thüringer Innenministerium federführend in einem Realisierungskonzept erarbeiteten sowie zur Umsetzung vorgeschlagenen Maßnahmen begleitet. Die Landesverwaltung wendet bei solchen Entscheidungen die Richtlinie zum wirtschaftlichen Einsatz von Haushaltsmitteln für die Vergabe von Gutachten, Studien, Forschungsaufträgen und ähnlichen Werkverträgen vom 6. Februar 2001 an. Im Übrigen wird nach § 7 der Thüringer Landeshaushaltsordnung und den zugehörigen Verwaltungsvorschriften verfahren.

Zu 3.:

Die Verdingungsunterlagen enthalten keine Eingrenzung auf das Modell "Generalunternehmer". So wurden u.a. auch ausdrücklich Bietergemeinschaften zugelassen. Im Angebot des späteren Auftragnehmers wurde ausgeführt, dass sich Technologieführer und führende Dienstleister im öffentlichen Bereich im Rahmen von Kooperationen als Partner gefunden haben, die einer Landesverwaltung eine hohe Sicherheit in der Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen bieten können. In diesem Sinn haben die Industriepartner T-Systems GEI GmbH, ORACLE Deutschland GmbH, Fujitsu Siemens Computers GmbH und PDV Systeme GmbH gemeinsam über den Systemintegrator T-Systems GEI GmbH, der als Generalunternehmer alle Leistungen bündelt, dem Freistaat ihre Leistungen angeboten. Nach der Vertragsergänzung vom 31. Januar 2006 wurden zu den bereits genannten Unterauftragnehmern, die Firmen TELEPORT Sachsen-Anhalt GmbH, bremen online services GmbH & Co KG, graphische Informationstechnik Beratungsgesellschaft mbH (grit) und FJD Information Technologies AG hinzugezogen. Nach den Verdingungsunterlagen war gefordert, dass der Bieter den Umfang der Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer darstellt und insbesondere KMU aus der Region berücksichtigt.

Zu 4.:

Das Vergabeverfahren der Ausschreibung gemäß den nationalen Vorschriften der VOL/A kam im Vorfeld der Beauftragungen im Zusammenhang mit dem Projekt "TheGov" nicht zur Anwendung. Der Generalunternehmer wurde im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorheriger Vergabebekanntmachung und Teilnahmewettbewerb ermittelt. Im Übrigen wird auf die beigelegte Anlage verwiesen.

Zu 5.:

Zur Beantwortung wird auf die beigelegte Anlage verwiesen. Das Projekt "TheGov" ist mit dem Ende des Vertrages zwischen dem Generalunternehmer und dem Freistaat beendet worden. Auf den bis dahin realisierten technischen und konzeptionellen Teilschritten wurden andere E-Government-Projekte, insbesondere das Thüringer Serviceportal aufgebaut.

Zu 6.:

Gegenüber der ursprünglichen Zeitplanung hatte das Projekt im Sommer 2006 einen erheblichen Verzug in der Realisierung. Über die Verantwortung bestanden zwischen den Parteien unterschiedliche Auffassungen. Einvernehmen bestand darin, das Projekt nicht mehr gemeinsam fortsetzen zu wollen. Die Vereinbarung über die Trennung vom Vertragspartner für die Umsetzung des Projektes "TheGov" und die damit verbundenen Auswirkungen auch finanzieller Art unterliegen einer Geheimhaltungsvereinbarung. Daher sind Auskünfte nur im Rahmen einer persönlichen Einsichtnahme oder in nicht-öffentlicher Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses möglich, wie dies bereits in der Sitzung vom 9. November 2006 zu diesem Thema geschehen ist. Beanstandungen oder Handlungsempfehlungen des Thüringer Rechnungshofs hinsichtlich des Projekts "TheGov" und seiner Umsetzung liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu 7.:

Zur Beantwortung wird auf die beigefügte Anlage verwiesen. Darüber hinaus bestanden und bestehen zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Konzern Deutsche Telekom AG vielfältige und zahlreichen Vertragsbeziehungen im Telekommunikations- und IT-Umfeld. Eine Aufzählung und Recherche aller Einzelverträge mit dem Telekom Konzern seit dem Jahr 1991 bis heute ist im Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht leistbar, so dass hier allein auf Verträge mit konkretem Bezug auf die E-Government-Entwicklung in Thüringen mit hohem Auftragsvolumen abgestellt wird.

So wurden vor den Vertragsabschlüssen zum Projekt "TheGov" mit der Konzerntochter T-Systems Monopolverträge für Kommunikationsleistungen im Bereich Datenverkehr und Sprache abgeschlossen. Bereits am 28. März 1996 wurde ein Rahmenvertrag über die Errichtung und Bereitstellung der Landeskommunikationsnetzes geschlossen mit einem monatlichen Volumen von ca. 137 000 Deutschen Mark. Dieser Vertrag wurde in den Folgejahren mehrfach ergänzt und angepasst, um den geänderten technischen Anforderungen und dem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen. Im Jahr 2010 wurden für die Bereitstellung des Landesdatennetzes ca. 7,3 Millionen Euro aufgewendet. Am 24. September 1998 wurde ein zentraler Rahmenvertrag für die Telefonverbindungen abgeschlossen und in den Jahren 1999, 2000, 2003 und 2008 angepasst. Im Jahr 2010 wurden ca. 2,3 Millionen Euro für die Telefonverbindungen der Landeseinrichtungen aufgewendet. Daneben wurde am 7. Oktober 1998 ein Rahmenvertrag über das Telekom Designed Network "TESTA-Plattform Deutschland für die öffentliche Verwaltung" im Projekt TESTA Europa geschlossen. Dies betrifft das Datennetz zum sicheren Austausch von Daten zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Mit der Beendigung des TESTA-Netzes ist der Freistaat am 8. Juli 2009 der Rahmenvereinbarung von Deutschland online Infrastruktur e.V. (DOI) mit der Konzerntochter T-Systems beigetreten und nutzt somit das neue DOI-Netz als Kopplungsnetz zwischen Bund und Ländern mit einem vergleichbaren finanziellen Volumen von ca. 50 000 Euro im Jahr. Am 21. März 2001 wurde zwischen dem Freistaat und der Deutschen Telekom AG die Erarbeitung eines produktneutralen, technologischen Umsetzungskonzepts für das PPP-Projekt "e-Government" mit einem voraussichtlichen Volumen von ca. 35 000 Euro vereinbart. In der Zeit vom Dezember 2002 bis März 2007 wurde mit Hilfe der Konzerntochter T-Systems das Logistik-Management-System der Polizei zur Unterstützung der Beschaffungsvorgänge und der Inventarisierung entwickelt. Die Kosten dafür belaufen sich auf ca. 1,6 Millionen Euro. Kürzlich, am 1. April 2011, wurde der Konzerntochter T-Systems der Zuschlag für die Einrichtung der neuen VPN-Einwahlösung erteilt. Auf dieser Grundlage können mobile Datengeräte, wie Laptops oder Heimarbeitsplätze, zeitgemäß sicher an das Landesdatennetz angeschlossen werden.

Unregelmäßigkeiten im Sinne einer nicht rechtskonformen Vertragsabwicklung sind in keinem Fall bekannt geworden.

Dr. Voß
Minister

Anlage³⁾

³⁾ Hinweis:

Auf den Abdruck der Anlage wurde verzichtet. Ein Exemplar mit Anlage erhielten jeweils die Fraktionen und die Landtagsbibliothek. Des Weiteren kann sie im Landtagsinformationssystem unter der oben genannten Drucksachennummer sowie im Internet unter der Adresse: www.parldok.thueringen.de eingesehen werden.

Kleine Anfrage 5/1547 des Abgeordneten Korschewsky (DIE LINKE) - Lobbyismusprobleme in Thüringen - nachgefragt zur Einführung von "E-Government"

Anlage

Projekt "TheGov"									
Idf. Nr.	öffentliche Stelle	beteiligte Institutionen / Personen	Finanzmittel/ Auftragsvolumen (Brutto) in EUR	Datum (Vertragsabschluss)	Arbeitsinhalt	fachliche + logistische Anforderungen/Standards an Bewerber-Unternehmen	vereinbartes Vertragsende	tatsächliches Vertragsende	
1	TIM	Rechtsanwälte Döberlein und Partner, Dresden	9.415,02	04.12.2003	Juristische Beratung und Begutachtung im Rahmen des Vergabeverfahrens "TheGov"	Anforderungen der BRAO		23.11.2004	
2	TIM	T-Systems GEI GmbH	2.720.000,00	16.07.2004 sowie Vertragsergänzungen vom 31.01. und 12.06.2006	Realisierung einer komplexen Service-Plattform für die Möglichkeit der durchgehenden Online-Prozessgestaltung für Bürger, Wirtschaftspartner und Verwaltungsmitarbeiter sowie zur Steuerung der Dienstleistungen für interne und externe Verwaltungsprozesse (Projekttitel: "TheGov")	Wirtschaftliche und technische Mindestanforderungen, wie Realisierung von drei vergleichbaren Projekten mit Referenznachweis, Nachweis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Nachweis der ISO 9001-2000 Zertifizierung (siehe Vergabebekanntmachung 2004/S22-019290 v. 30.01.2004)	12.12.2005	25.09.2006	
3	TIM bis 2004/TFM ab 2005	(aus Datenschutzgründen erfolgt keine Namensnennung)*	17.094,20	21.07.2004	Wissenschaftliche Beratung hinsichtlich organisatorischer und IT-technischer Fragestellungen im Gesamtprojekt "TheGov" und die Wahrnehmung des Projektcontrolling	Wissenschaftliche Betätigung	31.12.2005	30.09.2005	
4	TFM	tapcon GmbH	35.380,00	09.07.2005 sowie Vertragsergänzung vom 12.08.2005	Projektreview des Projektes "TheGov" incl. der Erstellung eines Soll-Ist-Vergleiches mit Mängeldokumentation und Ursachenanalyse und Berücksichtigung rechtlicher Aspekte	Eignung und Erfahrung bei der Durchführung komplexer Projekte, Referenznachweis	19.08.2005	16.08.2005	
5	TFM	Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ)	238.030,88	12.07.2006	Technische und technologische Beratungsleistung sowie Projektunterstützung in Bezug auf Betriebs- und Sicherheitskonzepte; Aufbau der Betriebsstruktur	IT-Landesbetrieb	31.12.2006	31.12.2006	
6	TFM	tapcon GmbH	18.270,00	27.09.2005	Unterstützung bei der Neuplanung des Projektes "TheGov" unter Berücksichtigung der Reviewergebnisse	Umfassende Kenntnisse über das komplexe Gesamtprojekt "TheGov"	31.10.2005	31.10.2005	
7	TFM	tapcon GmbH	73.080,00	07.11.2005	Unterstützung bei der Umsetzung der Neuplanung des Projektes "TheGov", insbesondere Feinplanung der Teilprojekte sowie Managen von Projektrisiken	Erfahrung bei der Planung komplexer Projekte sowie umfassende Kenntnisse über das Projekt "TheGov"	30.06.2006	13.01.2006	
8	TFM	tapcon GmbH	73.080,00	07.02.2006	Unterstützung beim Aufbau der internen Projektmannschaft, beim Managen von Projektrisiken, bei der Eskalation von Entscheidungsbedarf sowie dem Aufdecken von IT-Einsparpotenzialen beim Projekt "TheGov"	Erfahrung bei der Planung komplexer Projekte sowie umfassende Kenntnisse über das Projekt "TheGov"	30.04.2006	21.04.2006	
9	TFM	tapcon GmbH	97.440,00	19.05.2006	Unterstützung bei der Umsetzung des Projektes "TheGov", insbesondere der Steuerung des Projektes und der Teilprojekte, bei strategischen Planungen und der Ableitung von Geschäftsprozessen	Erfahrung bei der Planung komplexer Projekte sowie umfassende Kenntnisse über das Projekt "TheGov"	31.10.2006	05.11.2006	
			3.281.790,10 €						

* Mit Schreiben vom 21.08.2009 hat der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz im Rahmen einer anderen Kleinen Anfrage die Landesregierung darauf hingewiesen, dass personenbezogene Daten – im Fall der vorliegenden Kleinen Anfrage Nr. 1547 die Namen der beauftragten Einzelpersonen – gem. Art. 67 Abs. 3 Nr. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen auf Grund der vorzunehmenden Veröffentlichung der Antwort nicht in die Beantwortung parlamentarischer Anfragen aufgenommen werden dürfen, wenn die betroffenen Personen nicht zuvor ihr Einverständnis hierzu erklärt haben. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage wurden daher die Namen von Einzelpersonen nicht angegeben. Es besteht die Möglichkeit, den Abgeordneten bei Bedarf in einer nicht öffentlichen Sitzung eines Parlamentsgremiums die weiter gehenden Auskünfte zu erteilen.